

Er halte vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Aufstellung 2,75 M., durch
den Post 3,25 M., auswärts Aufstellungsgel-
dichte, Postgebühren werden von allen
Abnehmern zu entrichten.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale- Zeitung“ eingetragen.
Für unvollständig eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Abdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Ztg.“ gefordert.
Verleger der Redaktion Nr. 1140:
Gebrüder Schmidt, Nr. 17, Nebengasse (Markt
24) Nr. 2265.

Saale-Zeitung.

Einundvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenzahl oder deren
Raum mit 30 Bsp., solche aus Halle mit
20 Bsp., berechnet und in der Halle
rechts, von anderen Anzeigenstellen
und allen Anzeigen-Expositionen an-
genommen. Retikeln die Seite 75 Pf.
Scheidet vollständig aus!
Sonntags und Feiertags einmal,
sonst wöchentlich täglich.
Redaktion und Druck-Verlags-
stelle: Saale-Zeitung Nr. 17;
Nebengasse Nr. 24.

Nr. 11.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 8. Januar

1907.

Deutsches Reich.

Soz- und Personalnachrichten.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des
Westfälischen Oberamts-Verwaltungsrats H. v. d. C. zum Generals-
konsul in Amsterdam.

Der Wahlkampf.

Die indirekten Steuern.

Ueber die Stellung der freiwirtschaftlichen Volkspartei zu den in-
direkten Steuern und insbesondere zu den fälligen Verbrauchs-
steuern, auf Nebenmittel, wie sie noch in einer Anzahl von
Kommunen angestrichen, werden wieder einmal, und zwar
mit vollem Bewußtsein, ganz unüblicher Nachdruck verbreitet.
So wird behauptet, im Prinzip beschränken die Sozialdemokraten
indirekte Steuern ebenso konsequent wie die Sozialdemokraten. Aber
man sieht, in der Praxis gehen ihnen ihre schönsten Prinzipien
noch viel häufiger flöten als den Sozialdemokraten. Dies wird
mit Bezug darauf gesagt, daß es viele deutsche, unter „links-
liberalen“ Einfluß stehende Großstädte, wo man nicht nur
Wies- und andere Verbrauchssteuern zahlen muß, sondern wo
auch der Biersteuern durch Steuern und unendliche hohe Schenk-
und Biersteuern abgaben entrichtet werden. So bemerkt die „Freie
Bl.“: Was hier von der Schenk- und Biersteuern abgezogen wird,
ist vollstän- dig der Umsatz. In Berlin beispielsweise beträgt
die Bereicherung des Staates durch die Schenk- und Biersteuern
noch nicht 1/2 Proz. vom Umsatz, während die Höhe und sonstigen
staatlichen Abgaben sowie die Importsteuern das Hund
Stück um etwa 20 Proz. im Preise steigern. Wollte die Stadt
Berlin darauf verzichten, und ihrem Schatzkoffer auch nur den
bedeutendsten Verlust zu erzielen, so würde die hieraus
resultierende Ermäßigung der Schenk- und Biersteuern so geringfügig
sein, daß sie im Detailpreis überhaupt nicht zum Ausdruck
gelangen könnte. Was aber die fälligen Steuern auf
Zins und andere Nebenmittel betrifft, so ist gerade die
Vorzugsstellung der Sozialdemokraten in diesen Kommunal-
angelegenheiten ein Vorzugspunkt ausgemessen worden, der
bestimmt, daß diese Abgaben von 1. April 1910 ab nicht
mehr erhoben werden dürfen. Der ursprüngliche Antrag der
freiwirtschaftlichen Volkspartei ging sogar dahin, daß die Aufhebung
dieser Kommunalabgaben schon von 1. April ab nach dem
Zinssatz für die Staatsanleihe von 10 Proz. zu erfolgen sollte.
Durch ein konterbaitiges Amendement, gegen das die freiwirtschaftlichen
Parteien, in der Hauptsache bis zum Jahre 1910 erfolgt. Am
übrigen wird in den alten Provinzen Steuern nur noch in sechs
Städten die Schenk- und Biersteuern erhoben und auch diese Städte
stehen durchaus nicht freiwillig unter dem Regiment der „links-
liberalen“. Die indirekten Steuern, in denen Kommunal-
abgaben auf Nebenmittel erhoben werden, liegen in West- und
Südwestdeutschland und haben zu einem noch geringeren Prozentsatz
„linksliberalen“ Kommunalverträgen.

Eine Rede Vahnecks.

Ueber den Wahlkampf hat sich der bisherige Reichstagsabg.
Dr. Vahneck in einer Rede in Ludwigslust wie folgt ausge-
sprochen: Das Zentrum dürfte in ungeführ der alten Stärke
wiederkehren. Von der Zahl der sozialdemokratischen Mandate
hängt deshalb das Schicksal des neuen Reichstags ab. Würde
die Sozialdemokratie auf hundred und noch mehr Mandate an-
gewinnen, denen ein entsprechender Verlust der Liberalen gegen-
überstände, dann gingen wir eher zu einer Krisis
entgegen. Geschieht dagegen der Liberalismus eine Ver-
schiebung, um sagen wir, auch nur 20 Sitze und wird die Sozial-
demokratie um eben so viel geschwächt, so nimmt die innere
Umgestaltung einen anderen Gang. Bei dem Verlust des Fünftels
blieben die freiwirtschaftlichen Parteien, in denen Kommunal-
angelegenheiten zu ihrer Unterstützung, aber nur auf dem
Boden ihrer Grundidee, also als Gegner jeder Ausbeutung der
Staatsgewalt für Einzelinteressen, als Vertreter der Volks-
und Volkserwerbskräfte, zugleich allerdings auch als Patrioten,
welche wissen, was sie des Reiches Wohl und Würde schuldig
sind.

Der Wahlkampf im Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Am gestrigen Sonntag fanden in Landshüt und Schaf-
hausen zwei liberale Wahlerversammlungen statt, die von je 200
bzw. 500 Personen besucht waren und für die liberale Sache
einen sehr günstigen Verlauf nahmen. Redner waren der liberale
Landtagsabgeordneter Wilhelm Koch und der von der Zentral-
leitung der freiwirtschaftlichen Volkspartei zu seiner Unterstützung ein-
gesetzte Reichstagsabgeordneter A. D. Schmidt-Dresden, die be-
reits einen Bescheid fanden. Als sozialdemokratische Redner, denen
je 10-15 Minuten Redezeit gewährt wurde, traten in Landshüt
auf die Herren Müller und Thieme, in Schafhausen der Sten-
dant der Sozialdemokratie, Woldemar Leipzig. Ihre Aus-
sagen, die sich natürlich einzig gegen die freiwirtschaftliche
Volkspartei richteten, wurden von den liberalen Rednern mit heftigen
Beifall der Versammlung erwidert zurückgewiesen, desgleichen
verschiedene Angriffe des sozialdemokratischen Flugblattes, die
absolute Unwahrheiten enthielten.

Der Reichstagswahlkampf in Dresden.

In Dresden-Neustadt sprach am Sonntagabend in einer liberalen
Wahlerversammlung des 4. städtischen Wahlbezirks Dr.
Borge-Weiß über die politischen Aufgaben des Liberalismus.
Der Beginn der Rede war um 8 1/2 Uhr angelegt, jedoch
war der Saal schon um 8 Uhr vollständig überfüllt. Zahlreiche
waren erschienen, um an der Rede teilzunehmen, die sich ab-
schloß nach dem ersten Zeichen des Niederganges der liberalen
demokraten abgebrochen, um nicht allein den Gegner mit Gründen
zu befähigen, sondern auch — was die Rede betraf — ihn in der
Menge zu verlieren. Der Redner wurde, dem „Volk.“ zufolge,
so oft und hartnäckig unterbrochen, daß schließlich der Vorsitzende
Dr. Wagnitz die Rede abbrechen ließ. Die Rede war so kurz,
daß die Arbeiter, welche einmal selbst Redezeit erhalten
müßten, nach Schluß der Rede entpuffen sich eine lebhaft, teil-
weise lärmende Debatte, die sich bis nach Mitternacht hin-
zog.

Die links-liberalen Gewerbetreibenden.

umfänglich die Sozialdemokratie jetzt gewerbetreibende
Wahlkreise, die die Sozialdemokratie, die sich sonst nicht
genug tun kann, die Gewerbetreibenden auf die unwürdige Rolle
zu beschließen. So werden die Gewerbetreibenden in der
Sozialdemokratie und unter den Genossen selbst in-
ständig „linksliberal“ genannt. Nach in der letzten Hälfte des
Oktober 1906 hat der „Vorwärts“ unter der Überschrift

„Links und Sunde“ die links-liberalen Gewer-
betreibenden in einem Artikel auf das schamlose angegriffen, der
sich gegenüber dem „Vorwärts“ nachwähmen bemüht, daß die
„Vorwärts“ wieder ein wahrhaft ideales Leben führen. Zum
Schluß dieses Schmähartikels hieß es:

„Der „Vorwärts“ weiß natürlich so genau wie der
„Korrespondent“, daß im Gegenteil im „Vorwärts“ Verhält-
nisse herrschen, die für jedes bürgerliche „Geldstück“ vorbildlich
sein können. Was aber dem „Korrespondent“ in der Höhe des
Gehaltes passierte, die Verarmung durch einen reinen Dicks,
das ist der „Vorwärts“ laubhütig und mit Liebes-
legung nach!“

Die links-liberalen Gewerbetreibenden, die nicht ihrem Verband wegen des-
wegen angegriffen werden, sind der „Vorwärts“ und damit zu
sagen, daß er vertritt, die für jedes bürgerliche „Geldstück“ vorbildlich
sein können. Was aber dem „Korrespondent“ in der Höhe des
Gehaltes passierte, die Verarmung durch einen reinen Dicks,
das ist der „Vorwärts“ laubhütig und mit Liebes-
legung nach!“

Wiederum unterteilt ein Genosse, der den sozialdemokratischen
Gerechtigkeitsrat nicht befragen kann, die Stadt in die Differenz-
klassen. Es handelt sich dabei um die Besondere der Lage-
klassen, gerichtet gegen den Vorstand des sozialdemokratischen
Vereins, und von dem Vorstand des Vereins, der Vorstand des
Vereins hat vor fügen den Angehörigen ein in wunderbarer
Deutsch abgefaßtes Briefatlas zugucken lassen, aus dem folgender
Satz besonders interessiert:

„Da sich leider die Angehörigen ihrer Standesklasse
nicht bemühen sind und wir selber nicht diejenige und jenem
Gehalt zu geben, sich auf solche einseitigen Wege
zu helfen, sondern wir es für geboten, den Vorstand des
Vereins zum Komitee voran zu heute abzugeben, wodurch
sich selbstverständlich die Zurückziehung von Plätzen zwecks
Abhängigkeit des genannten Ausschusses ergibt.“

Der Reichsvereinsleiter betont nun in einer öffentlichen Erklärung,
daß es sich bei dem Verlauf dieser Einseitigkeiten um ein
Kunststück handle, das den Mitgliedern des Komitees
billige Briefe bewillige. Zum Schluß sagt der Sprecher der
Anwesenden:

„Wir sind nun auch der Meinung, daß eine persönliche An-
sprache seitens des Vorstandes mit unserer Kommission für
beide Teile entsprechend ausfallen werde. Aber das ist ja
bei uns nicht möglich, eine Verständigung
herbeizuführen. Die selbständige Meinung eines anderen
kommt bei uns nicht zur Geltung. Nur die Vorhölle
zu helfen, sondern wir es für geboten, den Vorstand des
Vereins zum Komitee voran zu heute abzugeben, wodurch
sich selbstverständlich die Zurückziehung von Plätzen zwecks
Abhängigkeit des genannten Ausschusses ergibt.“

Die Klagen der Angehörigen gegen die sozialdemokratischen
Kommissionen selbst nicht ab und von Zeit zu Zeit
erfährt auch die Öffentlichkeit davon, wie es in den sozialdemokratischen
Wahlkreisen eigentlich aussieht.

Am Katholikentag.

Am Landtagswahlkreise in Dresden hielt Freitag
nachmittag Herr v. Koss-Entenhausen eine bedeutende Rede, in
der er den katholischen Wählern des Wahlkreises die Unterstützung
der Kandidatur empfahl. Er führte dabei dem „Sonn-
son.“ zufolge u. a. aus: „Der Herr v. Koss-Entenhausen ist ein
Katholik zu sein, was man dem Zentrum angehören; heute aber
sage ich — und das möchte ich besonders auf dem Lande be-
reitet wissen —: Man kann ein sehr guter Katholik
sein, ohne dem Zentrum anzugehören. Ich bin ein
Katholik und werde hier in vorwiegend protestantischer Ge-
gend über die Beziehung der Katholiken zu den Angehörigen
ein Urteil von meiner katholischen Religion abgeben, was
meinen angebornen Glauben verlegen werde. Vor zehn
Jahren führte ich den Volksverein für das katholische Deutsch-
land hier ein. Die Partei des katholischen Volksvereins hieß
damals „Für Aktion und Union, gegen die Sozialdemo-
kratie.“ Ich soll ich dazu sagen, wenn jemand, der jetzt die
maßgebende Stelle im katholischen Volksverein innehat, in der
ersten Verammlung, welche wegen der Wahl abgehalten wurde,
sich nicht schämt, voranzutreten, mit den Sozialdemokraten
eine gemeinschaftliche Sache zu machen. Meiner Ehre bin
ich schuldig, offen zu erklären: Ich habe auf keinen sozialdemokratischen
Standpunkt. Aber soweit meine Kräfte gehen, als Katholik
werde ich niemals dulden, daß die rote Sozialdemokratie
unter schwarzem Banner führt.“

Die Nationalliberalen in Bayern.

Der erste Vorsitzende der nationalliberalen Partei in Bayern
Herr v. Koss-Entenhausen hat die Erklärung im Vorwort
des nationalliberalen Parteiprogramms:

„Parteilosheit! Von gemeinsamer Seite wird verlangt, den
Streitpunkt in dem bevorstehenden Wahlkampf zu verbleiben.
Demgegenüber stellen wir fest und bitten dies mit Nachdruck
zu betonen: Wir kämpfen nicht gegen den Katholizismus,
sondern wir kämpfen nur gegen das Zentrum, das durch
seine Klugheit und seine Energie, trotz der durchgehenden
katholischen Gründe, die bald vorübergehen werden, die National-
liberalen in der Regierung zu Fall gebracht hat. Es hat damit
seine Unaufrichtigkeit in nationalen Dingen an
den Tag gelegt. Wir haben die feste Überzeugung, daß
zahlreiche katholische Mitbürger die Haltung der Zentrum-
fraktion missbilligen und in der bevorstehenden Wahl für den
nationalliberalen Kandidaten, die Nationalliberalen, nicht
gegen die deutsche Arbeiterklasse. Nach wie
vor wird der soziale Aufbau der sozialen Bewegung, die
unseren Arbeitern die ihnen zustehenden Rechte verschaffen
und sichern soll, einen Hauptpunkt im Programm unserer
Partei bilden. Aber wir kämpfen gegen die unheimliche
und unparteiliche Haltung der sozialdemokratischen
Kandidaten in der Regierung, die wir hoffen, daß unter
Anspruch auf die demokratische Meinung und bei vielen deutschen
Wählern Widerhall finden wird.“

Hg. Arndt und Kolonialdirektor Kattler.

Bei Erörterung des Falles Bente hatte der Hg. Arndt,
wie erwähnt, im Reichstag wiederholt den früheren Kolonial-
direktor Dr. Kattler angegriffen und dabei sich auch auf Herrn
v. Wissmann bezogen. U. a. hatte er behauptet, der Reichstags-
abg. Dr. Kattler im Oktober 1896 sei auf die Veröffentlichung

eines Bildes zurückzuführen, das der Reichsminister nach Ver-
schickung der Kolonialminister-Interaktion Dr. Peters mit der
Reichsregierung gewandt hatte: „Es liegt die Welt, das Stadtbild
zu schauen, und das Erbende in den Briefen zu sehen.“ Die
Bente, von Kattler veröffentlicht, ist in der „Kolonial-
Zeitung“ eine Reihe von Briefen von Herrn Reichsminister
Dr. Peters und Hermann v. Wissmann, aus denen hervorgeht,
daß die Behauptungen des Dr. Arndt unrichtig sind. Um des-
halb wird durch den Reichstagsabg. Dr. Kattler mit der
Veröffentlichung des erwähnten Bildes, das auch eine
andere Aufschrift gehabt hat, in keinem Zusammenhang
steht.

Verewaltung eines Deutschen in Ausland.

In deutschen Wäldern sind Klagen eines deutschen Hütten-
ingenieurs B. E. die wiedererhalten worden, der sich darüber
beunruhigt, daß er als Leiter eines Hüttenwerkes in Ausland von
einem russischen Gouverneur sehr schlecht behandelt und ausgenutzt
und daß ihm von seinen letzten Besoldung das rückständige Gehalt
entzogen worden sei. Der deutsche Generalkonsul in Petersburg
habe ihn nachdrücklich abgemahnt, und der deutsche Vize-
konsul, Herr v. Schön, habe ihn durch einen Sekretär mit
einigen nachgelagerten Nebenorten abholen lassen. Herr B. E.
ist auch auf dem Auswärtigen Amte in Berlin gewesen, und
auch dort habe man sich angelegt, gegen einen Schritt in seiner
Angelegenheit zu tun oder seine Beschwerden zu prüfen. Dieser
Schritt war der „Freie Bl.“ aus Berlin: „Nach dem, was wir
hören, ist das Auswärtige Amt weit entfernt, eine Prüfung dieser
Angelegenheit zurückzuführen. Es ist im Gegenteil gleich von
der deutschen Botschaft in Petersburg ein Bericht eingeholt
worden; ein neuer Brief vorliegt, worin die dem Auswärtigen
Amt möglichst sein, eine Entscheidung darüber zu treffen, und
insoweit die Beschwerden von Berlin wegen zu unrichtig
sind. Das eine freilich noch sehr schon schärft werden, und
darauf dürfte Herr B. E. bei seinem Verbleib auf dem Aus-
wärtigen Amte auch hingewiesen worden sein, daß nämlich das
Reich sich in seine private Selbsttätigkeiten mit der Aktion
des Hüttenwerkes nicht einmischen kann, sondern daß es zunächst
Sache des Herrn B. E. ist, nach dieser Richtung hin eine Ent-
scheidung der russischen Gerichte herbeizuführen. Es ist ein
unvollständiger und verbreiteter Irrtum, daß das Reich in der
Lage sei, die Ausführung von Verträgen zu
eigenen Rechtsangehörigen und Angehörigen fremder Staaten
über diplomatische Intervention zu erzwingen. Solche diplo-
matische Interventionen unterliegen nicht der diplomatischen
Zuständigkeit des Reiches, sondern dem Gericht des Landes,
in dem sie eingeleitet worden sind. Wenn irgend ein Staat
mit einem Deutschen wegen Erfüllung eines privatrechtlichen
Vertrages in Streit gerät, so werden die deutschen Gerichte
diesen Streitfall zu entscheiden haben und die russische Diplomatie
hatte sich in diesem Falle, sich in dieser Angelegenheit einzumischen.
Genaue kann die russische Rechtsprechung nicht über die
diplomatische Intervention umgehen werden. Zu den Klagen
über ungerechte und beleidigende Behandlung durch den russischen
Gouverneur kann erst nach genauer Prüfung der Angelegenheit
entschieden werden, ob Grund zu einem diplomatischen Eingreifen
vorhanden ist. Die Angelegenheit wird, jedenfalls geprüft
werden, es soll alles geschehen, was nach Lage der Sache
möglich ist.“

Herr und Hütte.

Die Ober-Mittelrussische Kommission ist durch
kaiserliche Kabinettsorder vom 10. Dezember 1906 aufgehoben
worden.

Kolonialen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Der
„Vorwärts“ bringt in der Nummer vom 6. Januar aus der
„Kolonialzeitung“ folgende angeblich dem Briefe
eines Beamten in Südwestafrika entnommene Nachricht: „Am
2. Dezember wurde in Windhuk bekannt, daß sich 120 Soldaten
ergeben haben. Die sich dem Reich gegenüber hat damit
den Krieg in den Händen zu lassen, was ein Verbrechen ist, wenn er
besteht, bevor für den 6. Dezember ein Aufbruch
beabsichtigt, um den Kriegszug zu beenden. Am
1. Januar 1907 soll der Krieg als definitiv beendet erklärt
werden. Demgegenüber wird hiermit ausdrücklich festgestellt,
daß die vom Deutschen Reich aus dem Ausland abgediente
Abteilung über die Unterwerfung Johannes Williams mit dem
Stamm der Vordrivak, bestehend aus 120 Männern mit 105 Reit-
pferden, am 24. Dezember 4 Uhr nachmittags von
Keemansbop abging und in Windhuk am 25. Dezember 12/19
vormittags eintraf und alsbald durch das Wolffsche Bureau ver-
öffentlicht wurde.“

Der Erziehung des Abgeordneten Dr. Able, wonach Herr
von Liebert ein Oberst eines in Frankfurt a. O. lebenden In-
fanterieregiments von Kaiser oder Kaiserin des Reichstages
zum Generalkonsul in Berlin ernannt worden wäre, liegt nach der
„Dtsch. Ztg.“ eine Verweigerung zugrunde. Eine Kommission
des Reichstages v. Caprivi — die Erziehung wird in die
Zeit der Ausführung des Fürsten Hohenlohe verlegt — wurde
vom Kaiser ein Herr v. Hammer zum Gouverneur von
Sommer ernannt. Der damalige Reichskonsul und der Staats-
sekretär des Auswärtigen, Herr v. Kattler, haben sich
dessen bei Entlassungsdienst. Ein. Daraufhin wurde die Er-
nennung des Herrn von Hammer zum Kaiser zurückgeführt gemacht.
General v. Liebert ist für den Vollen eines Generalkonsul in Berlin
zu seiner Zeit in Frage gekommen. Doch haben Verhandlungen
gefehlt, die seinen Eintritt in chinesische Dienste (als mili-
tärlicher Offizier) betrafen; zu einem Ergebnis führten diese
Verhandlungen nicht.

Ausland.

Die Situation in Serbien.

Wie Anlaß des Belgradischen sind dem Königsballe
wie amlich gemeldet wird, von der Bevölkerung der alle
über den Balkan zu gehen, zu gehen. So wurde
vorgehen der Herr v. Kattler, Herr v. Kattler, welcher
auf der Spitze einer Reihe von Offizieren nach Ljubow-
ritz, um die Belgradische für das künftige Schicksal
zu holen, von der Bevölkerung überall auf das heftigste begrüßt
Obwohl wurde getrennt der Kattler, als er vertrieben werden
sollte, wurde abgelehnt, das Publikum auf der Straße

